



Magdeburg, den 24.04.2013
00-00-45 he

N i e d e r s c h r i f t

**über die 46. Kreisvorstandskonferenz des Städte- und Gemeindebundes
Sachsen-Anhalt am Montag, dem 22. April 2013, 10:00 Uhr,
im Ratssaal des Alten Rathauses der Lutherstadt Wittenberg,
Markt 26, 06886 Lutherstadt Wittenberg,**

Beginn: 10:06 Uhr

Ende: 12:18 Uhr

Anwesend sind:

- 19 Vertreter aus 11 Kreisverbänden
- der Oberbürgermeister der Kreisfreien Stadt Halle (Saale)
- 6 weitere Präsidiumsmitglieder und stellvertretende Präsidiumsmitglieder
- 27 Gäste

Es fehlen:

die Oberbürgermeister der Kreisfreien Städte Dessau-Roßlau und Magdeburg

Anmerkung:

Die Anwesenheitslisten sind Bestandteil der Original-Sitzungsniederschrift.

Tagesordnung:

1. Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Feststellung der Genehmigung der Niederschrift über die 45. Kreisvorstandskonferenz am 05.11.2012 in Wolmirstedt
3. Grußwort von Herrn Oberbürgermeister Eckhard Naumann, Lutherstadt Wittenberg

4. Die Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung – Herausforderungen für Bund, Länder und Gemeinden
 - 4.1 Vorstellung der Ergebnisse der „Daehre-Kommission“;
Herr Minister a. D. Dr. Karl-Heinz Daehre
 - 4.2 Erste Bewertung der Vorschläge aus kommunaler Sicht;
Herr Stellvertretender Hauptgeschäftsführer Uwe Zimmermann,
Deutscher Städte- und Gemeindebund
 - 4.3 Aussprache
5. Aktuelle Themen der Verbandsarbeit;
Herr Landesgeschäftsführer Jürgen Leindecker
6. Anfragen und Anregungen

Zu TOP 1 - Eröffnung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Präsident Eichler eröffnet die 46. Kreisvorstandskonferenz und begrüßt die Landtagsabgeordneten, die Gäste aus der kommunalen Familie und der Wirtschaft sowie die Mitglieder der Kreisvorstandskonferenz.

Herr Eichler heißt den Vorsitzenden der Kommission „Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“, Herrn Minister a.D. Dr. Karl-Heinz Daehre, sowie den Stellvertretenden Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Herrn Uwe Zimmermann, als Referenten der heutigen Konferenz herzlich willkommen. Das Thema dieser Kreisvorstandskonferenz sei – so Präsident Eichler – zur Zeit sehr aktuell, da gerade die Lage nach dem langen Winter zeige, welcher erheblicher Nachholbedarf auf unseren Straßen vorhanden und wie sehr gerade die Kommunalpolitik gefordert ist.

Von den Öffentlichen Versicherungen Sachsen-Anhalt (ÖSA) begrüßt Herr Eichler den Vorstandsvorsitzenden, Herrn Peter Ahlgrim, Herr Dr. Dieter Lerch sowie Herrn Bernhard Sterz und bedankt sich für die Unterstützung dieser Kreisvorstandskonferenz, insbesondere für die Übernahme der Verpflegungskosten.

Herr Präsident Eichler erläutert die Bedeutung der Verkehrsinfrastruktur am Beispiel der Stadt Haldensleben, die ein Gewerbegebiet direkt am Hafen erschlossen habe. Zur besseren Ausnutzung dieses Gewerbegebietes sei jedoch die Verlängerung der A 14 und der Bau der B 71n als Autobahnzubringer nötig.

Herr Präsident Eichler stellt fest, dass die Kreisvorstandskonferenz beschlussfähig ist, da zur Konferenz mit Schreiben vom 01.03.2013 gemäß § 13 Abs. 1 der Verbandssatzung fristgerecht und damit ordnungsgemäß eingeladen wurde.

Zu TOP 2 - Feststellung der Genehmigung der Niederschrift über die 45. Kreisvorstandskonferenz am 05.11.2012 in Wolmirstedt

Herr Präsident Eichler gibt bekannt, dass nach § 13 Abs. 4 der Verbandssatzung die Niederschrift der Kreisvorstandskonferenz als genehmigt gelte, wenn nicht ein Viertel der Mitglieder innerhalb von 4 Wochen nach Zugang Einspruch erhebt. Gegen die Niederschrift wurden keine Einwände erhoben; Änderungs- oder Ergänzungswünsche wurden ebenfalls nicht vorgebracht.

Der Präsident stellt fest, dass die Niederschrift über die 45. Kreisvorstandskonferenz am 05.11.2012 in Wolmirstedt somit als genehmigt gilt.

Zu TOP 3 - Grußwort von Herrn Oberbürgermeister Eckhard Naumann, Lutherstadt Wittenberg

Herr Präsident Eichler dankt dem Hausherrn, Herrn Oberbürgermeister Eckhard Naumann, dafür, dass die 46. Kreisvorstandskonferenz in seiner schönen Lutherstadt Wittenberg tagen kann. Allein hier im Rathaus zu sein, sei ein Erlebnis und man habe förmlich den Eindruck, die 500 Jahre Reformation einatmen zu können, die in den nächsten Jahren hier gefeiert würden. Er bittet Herrn Oberbürgermeister Naumann um sein Grußwort.

Herr Oberbürgermeister Naumann stellt anhand eines Power-Point-Vortrages die Facetten der Lutherstadt Wittenberg dar. Insbesondere macht er die 23jährige Entwicklung der Stadt im Bereich der Sanierung von Gebäuden und der Innenstadt deutlich. Besonders hervorzuheben sei das Luther-Melanchthon-Gymnasium, welches nach den Plänen von Friedrichsreich Hundertwasser restauriert wurde.

Die Lutherstadt Wittenberg – führt Herr Naumann aus – würde sich jedoch nicht nur über ihre Geschichte als Reformationsstadt identifizieren. Die Haupteinnahmen der Stadt kämen aus der Industrie und dem Gewerbe.

Herr Naumann informiert, dass durch die Lutherdekade, die im Jahr 2008 begann und im Jahr 2017 mit dem Reformationsjubiläum endet, die Lutherstadt Wittenberg weltweite Aufmerksamkeit erlange. Für das Jubiläum habe die Stadt einen Luthergarten angelegt, in dem 500 Bäume angepflanzt wurden. Einen Schwerpunkt stelle der Bahnhof von Wittenberg dar. Hier führe die Stadt Gespräche mit der Deutschen Bahn AG sowie der Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, um die Situation bis zum Jubiläumsjahr 2017 zu verbessern.

Herr Eichler dankt Herrn Oberbürgermeister Naumann für sein Grußwort.

Zu TOP 4 - Die Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung – Herausforderungen für Bund, Länder und Gemeinden

4.1 Vorstellung der Ergebnisse der „Daehre-Kommission“; *Herr Minister a. D. Dr. Karl-Heinz Daehre*

Herr Minister a.D. Dr. Daehre erläutert anhand eines Power-Point-Vortrages die Arbeit der Kommission „Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“. Für bemerkenswert hält er, dass die Mitglieder der Kommission parteiübergreifend nach Lösungen gesucht haben. Als Grundsatz der Tätigkeit der Kommission definiert Herr Dr. Daehre, dass die abschließenden Ergebnisse geeignet sein sollten, die notwendige gesellschaftliche Diskussion um eine bessere Ausstattung der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung sowie deren Akzeptanz und damit eine politische Umsetzbarkeit zu begünstigen. Er unterstreicht, dass sich die Kommission mit dem Substanzerhalt der vorhandenen Struktur befasse; der Neubau der Verkehrsinfrastruktur weiterhin steuerfinanziert bleiben müsse.

Herr Dr. Daehre führt aus, dass die Kommission über eine qualifizierte Bedarfserfassung Vorschläge für eine bedarfsgerechte Finanzierung erarbeitet habe, die abschließend auf nationales Recht und EU-Kompatibilität zu überprüfen seien.

Die Kommission habe Kosten für die Erhaltung der Straßen in Höhe von 4.55 Mrd. Euro jährlich ermittelt. Dazu käme ein Nachholbedarf berechnet auf über 15 Jahre mit jährlich 2,65 Mrd. Euro, so dass sich das Defizit auf insgesamt 7,2 Mrd. Euro belaufe.

Herr Dr. Daehre stellt die von der Kommission erarbeiteten möglichen Vorschläge zur Finanzierung dar, wie z. B. Erhöhung der Mineralölsteuer, Erhöhung des derzeit gültigen Lkw-Maut-Satzes, Ausweitung des Streckennetzes der Lkw-Maut, Einführung einer zeitabhängigen Pkw-Vignette, Einführung einer entfernungsabhängigen Pkw-Maut, Einführung einer City-Maut-Bundesregelung. Er sieht jedoch für die Einführung einer Pkw-Maut in Deutschland keine politischen Mehrheiten. Ebenso wäre die Einführung einer City-Maut in größeren Städten nicht umsetzbar. Aufgrund von gesetzlichen Regelungen könnten bei den Verkehrsträgern Schiene sowie Wasserstraße keine Einnahmequellen erschlossen werden. Sie müssten weiterhin steuerfinanziert bleiben.

Die Kommission empfehle als mögliche Finanzierungsvariante, die Bildung eines Fonds, in dem die Mehreinnahmen fließen könnten. Dies garantiere die zweckgebundene Sicherung der Einnahmen. Eine Kombination von öffentlicher und privater Finanzierung wäre dabei möglich.

Herr Dr. Daehre verweist auf den Abschlussbericht der Kommission „Zukunft der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung“, der über die Homepage des Bundesrates abrufbar sei.

Herr Präsident Eichler dankt Herrn Minister a. D. Dr. Daehre, für seinen Vortrag.

Anmerkung:

Der Power-Point-Vortrag von Herrn Dr. Daehre ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

4.2 Erste Bewertung der Vorschläge aus kommunaler Sicht; Herr Stellvertretender Hauptgeschäftsführer Uwe Zimmermann, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Herr Stellvertretender Hauptgeschäftsführer Zimmermann informiert zu Beginn seines Vortrages darüber, dass er über die finanzielle Seite der Bewertung der Vorschläge der „Daehre-Kommission“ referieren werde. Die verkehrsinfrastrukturellen Aspekte werden von dem zuständigen Beigeordneten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Herrn Fuchs, dargestellt. Vom DStGB sei ebenfalls die Praktikantin, Frau Fischer, anwesend, die an der Hochschule Harz ihr Bachelorstudium absolviere.

Anhand eines Power-Point-Vortrages erläutert Herr Zimmermann die öffentliche Verschuldung, die in Deutschland 25.000 Euro/Kopf betrage. Es gebe einen besorgniserregenden Anstieg bei den Kassenkrediten der Kommunen. Der kommunale Investitionsbedarf von 2006 bis 2020 liege bei insgesamt 704,1 Mrd. Euro, wobei der Bedarf für die Straßen 23 % davon betrage.

Herr Beigeordneter Fuchs bezeichnet die Zusammenarbeit zwischen der „Daehre-Kommission“ und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund als gut. Wie Herr Dr. Daehre in seinem Bericht bereits ausgeführt habe, gebe es einen Instandhaltungsbedarf im Verkehrsbereich in Höhe von 7,2 Mrd. Euro. Davon würden 2,7 Mrd. Euro auf die Gemeinde- und Kreisstraßen entfallen. Die Forderungen von den Ländern und den Kommunen an den Bund für die Straßenverkehrsfinanzierung lägen bei jährlich 2 Mrd. Euro (Entflechtungsmittel). Dem gegenüber stehe das Angebot des Bundes, Mittel dafür bereitzustellen in Höhe von 1,3 Mrd. Euro für die Jahre 2013 und 2014. Offen sei die Finanzierung von 2015 bis 2019 und nach 2019. Hier müsse eine auf- und ausgabengerechte Finanzierung beim Bund angemahnt werden.

Bereits im Mai 2011 habe sich das Präsidium des DStGB mit Anforderungen an eine künftige Verkehrsinfrastrukturfinanzierung befasst und u.a. gefordert, die Lkw-Maut auf alle Straßen auszudehnen und die Einnahmen daraus auch den kommunalen Straßenbaulasträgern zu Gute kommen zu lassen. Mit den Vorschlägen zur Verkehrsinfrastrukturfinanzierung des von der Kommission erstellten Zwischenberichtes im Herbst 2012 sei der DStGB nicht zufrieden gewesen. Es habe keine Einbeziehung der sogenannten gemeindlichen Nebenstraßen in die Fonds-Finanzierung gegeben aber dafür u.a. den inakzeptablen Vorschlag, eine City-Maut einzuführen. Der Dezemberbericht 2012 der „Daehre-Kommission“ sei erfreulicher gewesen. Die Installierung eines Fonds zur Finanzierung der Straßeninfrastruktur könne ein langfristig wirkendes Finanzierungselement sein. Es seien jedoch noch Fragen offen, insbesondere wie die aufgabengerechte Finanzierung und wie ein dauerhafter Mittelfluss gesichert werde könne.

Der DStGB halte es für wichtig, dass die Straßenverkehrsinfrastrukturfinanzierung gesellschaftlich diskutiert werde. Die Politik sei gefragt, eine Gesamtidee zum Netz für die nächsten 20 Jahre zu entwickeln, ohne dabei die Städte und Gemeinden zu überfordern.

Herr Präsident Eichler dankt Herrn Stellvertretenden Hauptgeschäftsführer Zimmermann sowie Herrn Beigeordneten Fuchs vom DStGB für ihre Vorträge.

Anmerkung:

Der Power-Point-Vortrag des Deutschen Städte- und Gemeindebundes ist der Niederschrift als Anlage beigelegt.

4.3 Aussprache

Herr Bürgermeister von Holly, Stadt Möckern, fragt, wie die Chancen der Finanzierung über einen Fonds gegenüber der Allgemeinfinanzierung aussehen. Die Gemeinden hätten viele Aufgaben, in denen sie ihr Geld investieren könnten, z.B. in die Kindertagesstätten. Er frage sich, ob es nicht besser wäre, die Mittel für die Verkehrsinfrastruktur zweckgebunden zu finanzieren.

Herr Dr. Daehre antwortet, dass der Versuch der Fondsbildung unternommen werden müsse. Wenn die Einnahmen in den Fonds kommen, sind die Steuermittel frei für andere Ausgaben. Das Thema sei schwierig, zumal die Bundestagswahl vor der Tür stehe. Voraussetzung jeglicher Nutzerfinanzierung müsse eine strikte Zweckbindung der Mittel sein, wobei der steuerfinanzierte Anteil mindestens konstant zu halten sei.

Herr Bürgermeister Dr. Brecht, Stadt Quedlinburg, stellt fest, dass Herr Minister a.D. Dr. Daehre in Bezug auf die Notwendigkeit der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung die Metapher verwendet habe, es sei 5 vor 12. Bei der Finanzsituation – so Herr Dr. Brecht – wäre es bereits 5 nach 12. Die Politiker im Wahlamt würden in den letzten 20 Jahren danach beurteilt, was sie geleistet und nicht danach, was sie eingespart hätten. Von den Bürgern würden unter dem Motto: „Es geht doch!“ gern Gegenbeispiele herangezogen, wie die Finanzierung des Berliner Stadtschlosses. Dies würde die Arbeit der Politiker vor Ort erschweren. Bei der Abwägung, mehr Geld für die Schaffung oder mehr Geld für den Erhalt der Infrastruktur zu setzen, plädiere er dafür, mehr Geld für den Erhalt zu investieren.

Herr Dr. Brecht fragt ob es nicht einfacher wäre, die Mineralölsteuer zu erhöhen, anstatt eine Maut für alle Straßen einzuführen, um die Verkehrsinfrastruktur zu finanzieren?

Herr Dr. Daehre antwortet, dass bei einer Erhöhung der Mineralölsteuer das Geld dem Finanzministerium zufließen würde, welches über die Ausgabe entscheiden würde. Es gebe keine Zweckgebundenheit für die Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur. Eine Pkw-Maut nur für Autobahnen reiche seiner Meinung nach nicht aus, weil die Pkw-Fahrer dann auf andere Straßen ausweichen würden.

Herr Minister a. D. Dr. Daehre stellt abschließend fest, dass das Thema der Verkehrsinfrastrukturfinanzierung noch stärker in die gesellschaftliche Diskussion gebracht werden müsse, auch um den Menschen die Notwendigkeit hierfür stärker näherzubringen.

Zu TOP 5 - Aktuelle Themen der Verbandsarbeit; Herr Landesgeschäftsführer Jürgen Leindecker

Herr Landesgeschäftsführer Leindecker informiert, dass er unter diesem Tagesordnungspunkt auf der heutigen Kreisvorstandskonferenz folgende Leitgedanken ansprechen möchte: Vertrauen, Verzwickt, Verständnis, Vernässung, Veränderung.
Ein ausführlicher Tätigkeitsbericht der Landesgeschäftsstelle für das Jahr 2013 werde zur 47. Kreisvorstandskonferenz am 04. November 2013 vorgelegt.

Vertrauen

Herr Leindecker spricht unter diesem Stichwort die Zusammenarbeit der Landesregierung mit den Kommunen an. Das Gesetzgebungsverfahren zum KiFöG Ende 2012 sei von einem hohen Maß an Misstrauen des Landes begleitet gewesen. Viele Bürgermeister hätten es als ein Affront angesehen, dass Landtagsabgeordnete behauptet haben, die Kommunen hätten Gelder des Landes für die Kinderbetreuung zweckwidrig verwendet. Das Gegenteil sei der Fall. Alle Gemeinden hätten viel eigenes Geld zusätzlich für die Kinderbetreuung ausgegeben. Die Kinder seien gerade für die Bürgermeister eine Herzensangelegenheit.

Das Präsidium habe in seiner Klausurtagung am gestrigen Sonntag beschlossen, das neue KiFöG einer verfassungsrechtlichen Überprüfung durch einen Gutachter zu unterziehen. Die notwendigen Schritte hierfür wird die Landesgeschäftsstelle im Auftrage des Präsidiums unternehmen. Im Anschluss an das Gutachten werde dann entschieden, ob das Landesverfassungsgericht angerufen werde.

Vertrauen heiße – so Herr Leindecker – Miteinander, nicht Gegeneinander. Vertrauen in die Kommunen bedeute Hand in Hand von Land und Kommunen.

Verzwickelt

Herr Leindecker berichtet von weiteren Verhandlungen zum Finanzausgleich. Die Rechtsmaterie sei derart verzwickelt, dass es immer wieder schwer falle, alle Aspekte ausreichend zu beleuchten. Zur Unübersichtlichkeit trügen auch die verschiedenen Rechnungssysteme „Kameralistik“ und Doppik bei. Auf die Doppik hin müsse nunmehr die Statistik angepasst und das System des Finanzausgleichs adaptiert werden. Eine Arbeitsgruppe soll hier die nötigen Schritte vorbereiten. Auch die durch den demografischen Wandel beim kommunalen Finanzausgleich entstandenen Fragen zu den Remanenzkosten würden derzeit beleuchtet. Das Finanzministerium habe ein entsprechendes Gutachten in Auftrag gegeben.

Verständnis

Herr Leindecker berichtet, über Verhandlungen zum Rundfunkbeitrag und der dadurch erforderlichen Evaluierung des Rundfunkbeitragsstaatsvertrages. Der SGSA habe bereits Ende 2010 auf die Probleme mit der Administration des Beitragsrechts hingewiesen. Bei den Rundfunkanstalten müsse man für Verständnis werben, dass kommunale Gebietskörperschaften unter den derzeitigen Bedingungen keine eigene Administration für den Rundfunkbeitrag aufbauen könnten. Hier seien einfache Schritte gefordert. Das gleiche gelte für die GEMA-Tarife, deren Neufassung derzeit durch eine Entscheidung des aufsichtsführenden Bundespatentamtes überarbeitet werde. Verständnis dafür, dass Kommunen im öffentlichen Interesse arbeiteten, weitgehend ohne Gewinnerzielungsabsicht.

Vernässung

Als unzureichend bezeichnet Herr Leindecker Regelungen des gerade novellierten Landeswassergesetzes für Niederschlagswasserbeseitigung und die Refinanzierung der Unterhaltungsverbandsbeiträge. Statt ein einfaches System zu entwickeln, seien die Kommunen nun auch für die Erhebung der Beiträge für die Gewässer erster Ordnung zuständig. Gerade der zweistufige Verwaltungsakt auf der Basis der Heranziehungsbescheide der Unterhaltungsver-

bände sei rechtlich problematisch und führe bei den Kommunen zu erheblichen finanziellen Schäden.

Die Landesgeschäftsstelle befasse sich zudem mit Änderungsvorschlägen zum Vergabegesetz, zur Landesbauordnung und zum Landesplanungsgesetz. Er berichtet über das Projekt „Feuerwehr 2020“, an dem die Landesgeschäftsstelle mitgearbeitet habe. Zudem hätten sich neue Schwierigkeiten beim Landesfeuerwehrverband aufgetan, an deren Lösung der SGSA derzeit mitzuwirken versuche.

Veränderung

Herr Leindecker informiert darüber, dass Herr Dr. Bernd Kregel die Position als Geschäftsführer der KOWISA aufgibt. Neuer Geschäftsführer der KOWISA sei ab 01.05.2013 Herr Detlef Hillebrand, der auf der heutigen Kreisvorstandskonferenz als Gast anwesend ist. (Herr Hillebrand erhebt sich.)

Zum 01.02.2013 sei der langjährige Referent der Landesgeschäftsstelle, Herr Thomas Wolf, aus gesundheitlichen Gründen in den Ruhestand getreten. Er dankt Herrn Wolf für seine langjährige Arbeit und wünscht ihm baldige Genesung. Für das Aufgabengebiet von Herrn Wolf werde es eine Neueinstellung geben, wobei die Aufgabengebiete neu zugeschnitten werden. Herr Leindecker dankt auch dem Präsidium und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesgeschäftsstelle für die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Er bedankt sich auch bei dem anwesenden Herrn Dr. Lerch von der ÖSA, der in Kürze in die Freizeitphase der Altersteilzeit eintrete, für die langjährige, gute Zusammenarbeit und wünscht ihm einen guten Ruhestand.

Zu TOP 6 - Anfragen und Anregungen

Anfragen werden nicht gestellt, Anregungen nicht gegeben.

Die 46. Kreisvorstandskonferenz endet um 12:18 Uhr.


Norbert Eichler
Präsident


Jürgen Leindecker
Landesgeschäftsführer


Silvia Herzog
Protokollführerin